

# solik aktuell



## Das lehnen wir ab!

**Zu den Plänen für einen Bundesfreiwilligendienst aus dem Bundesfamilienministerium gibt es vor allem eines: Ein klares Nein von der DGB-Jugend.**

**K**ristina Schröder (CDU) und ihr neuer Bundesfreiwilligendienst: Nach der geplanten Aussetzung der Wehrpflicht will die Bundesfamilienministerin jährlich 35.000 Menschen dafür gewinnen. Der neue Dienst soll zum 1. Juli 2011 den Zivildienst ersetzen und das in den Ländern vorhandene Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) und Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ) für Jugendliche mit derzeit ebenfalls etwa 35.000 Plätzen ergänzen.

Jetzt hat der DGB zu den Plänen Stellung genommen. Und sie sind aus der Sicht der Gewerkschaften höchst kritikwürdig. Hier werde ein Dienstverhältnis im Niedriglohnbereich geschaffen, das möglicherweise reguläre Arbeitsverhältnisse ersetzt. Die DGB-Jugend sieht im Bundesfreiwilligendienst denn auch den wenig kaschierten Versuch des Bundes, die Abschaffung der Wehrpflicht zu kompensieren.

Zudem gibt es ärgerliche Mitnahmeeffekte. Florian Haggenmiller von der DGB-Jugend, der an der Ausarbeitung der Stellungnahme beteiligt war, sagt: »Wir befürchten eine Ausweitung prekärer Beschäftigung, zumal die Altersgrenze wegfallen soll.«

Besonders skandalös: Der Entwurf sieht vor, dass ein »Taschengeld« als Entgelt erst individuell ausgehandelt werden muss. Eine Überprüfung, ob eine sozialversicherungspflichtige, tarifvertraglich geregelte Arbeitsstelle geschaffen werden kann, ist offensichtlich auch nicht vorgesehen. »Die meisten Freiwilligendienste werden wohl im sozialen Bereich angesiedelt«, sagt Haggenmiller. »Gerade dort existiert aber seit 2010 ein Mindestlohn.«

Und der liegt im Westen bei 8,50 Euro, im Osten bei 7,50 Euro. Der DGB-Jugendre-

ferent fürchtet, dass der Tarif mit dem Freiwilligendienst ausgehebelt werden könnte. Nach seiner Meinung bestehen mit dem FSJ, dem FÖJ und den freiwilligen Auslandsdiensten genügend Möglichkeiten, sich zu engagieren. Darüber hinaus ist aus gewerkschaftlicher Sicht problematisch, dass in dem Gesetzentwurf für die Betroffenen selbst alle Regelungen über die Verwertung der erworbenen Qualifikationen zum Beispiel für ein nachfolgendes Studium oder eine duale Ausbildung fehlen. Kritikwürdig ist laut Haggenmiller auch, dass das Problem der teilweisen Auflösung der Ehrenamtlichkeit gar nicht beachtet wird – wenn es dafür künftig ein spezielles »Dienstverhältnis« geben soll.

Außerdem bleibe die Frage der Freistellung völlig unbeachtet. Haggenmiller sieht hier erhebliche Probleme: »Es ist nicht nachvollziehbar, dass es keinen Schutz des bestehenden Arbeitsverhältnisses gibt. Offenbar zielt die Regelung eher auf Jugendliche im Übergang von der Schule zum Studium, auf Frauen, die nach der Familienphase arbeitssuchend sind – oder auf Rentner.«

Die Gefährdung regulärer Arbeitsplätze durch die Zivildienstleistenden habe sich im Laufe der Jahre ohnehin verstärkt. Das habe dazu geführt, dass soziale Einrichtungen mit den fast kostenlosen Arbeitskräften kalkulieren konnten. Nun befürchteten sie den Wegfall, das erzeuge Druck. »Bei einem neu eingeführten Freiwilligendienst würde sich die Gefahr der Prekarität auch deshalb deutlich erhöhen«, sagt Haggenmiller. □

**SOLI AKTUELL – RELAUNCH**

**Liebe Soli-LeserInnen,**

im Frühjahr 2010 haben wir euch gefragt: Was wollt ihr in der Soli aktuell lesen, was wollt ihr anders haben? Und wie soll sie aussehen?

Wichtigstes Ergebnis: Die Soli aktuell ist beliebt, wird gern gelesen und spielt eine wichtige Rolle in der Kommunikation der Gewerkschaftsjugend – nach innen und außen.

Mit der Ausgabe Februar 2011 erscheint nun die Soli aktuell in neuem

Gewand. Und ihr habt entscheidend dazu beigetragen, wie das Info-Magazin der DGB-Jugend ab jetzt aussehen wird: strukturierter, kräftiger, schöner.

Damit wir unsere Zielgruppen – Haupt- und Ehrenamtliche der Gewerkschaftsjugend, JAVis, SchülerInnen und Studierende, JournalistInnen, Bundestagsabgeordnete und alle, die sich über unsere Arbeit informieren wollen – noch besser erreichen.

**Soli aktuell meint:** Das habt ihr gut gemacht, KollegInnen! □

Eure DGB-Jugend

**solik aktuell**

Monatsmagazin der DGB-Jugend



Ausgabe Februar 2011

inhalt

Soli – jetzt alles neu

### INHALT

#### 3 thema

Jugendwohnen – ein zentraler Baustein der Ausbildung

#### 4 ausbildung + beruf

Krankenversicherung und Azubis

#### 5 projekte

Neues zu »Wie wollen wir leben?«

Termine 2011

»Änder das« – Start der Jugendbündniskampagne

#### 7 azubi-ratgeberin

Die Bestimmungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes

## Hochschule im Ausland

**Zahl steigt** ■ 2008 waren etwa 103.000 deutsche Studierende an ausländischen Hochschulen eingeschrieben. Das waren 13% oder 11.700 Studierende mehr als im Jahr zuvor. Dies ist vor allem auf einen starken Anstieg der Zahl der deutschen Studierenden in Österreich, den Niederlanden und der Schweiz zurückzuführen.

Die Bereitschaft der deutschen Studierenden zu Studienaufenthalten im Ausland ist in den letzten zehn Jahren kontinuierlich gestiegen. Während 1998 auf 1.000 deutsche Studierende an inländischen Hochschulen 28 deutsche Studierende an Hochschulen im Ausland kamen, waren es 2008 bereits 58.

Den größten Anteil aller deutschen Studierenden im Ausland verzeichnete Österreich (19,5%), gefolgt von Holland (18,5%) und Großbritannien (12,5%).

[www.destatis.de](http://www.destatis.de)

## Schule im Inland



**Zahl fällt** ■ In Deutschland gibt es insgesamt weniger SchulanfängerInnen: Die Zahl ging im laufenden Schuljahr 2010/2011 um 1,3% auf 716.900 Kinder zu-

rück. In den östlichen Ländern einschließlich Berlin stieg die Zahl der Einschulungen um 2%, während sie im Westen um denselben Wert zurückging. Den stärksten Anstieg gab es in Sachsen mit +4,8%, den größten Rückgang in Bayern mit -4,3%.

Seit dem Jahr 2000 ist die Zahl der SchulanfängerInnen aufgrund der demografischen Entwicklung um 11,6% gesunken.

[www.destatis.de](http://www.destatis.de)

## Großer Ärger

**London-Support** ■ In London haben im November 2010 tausende Studierende gegen die geplante Erhöhung der Studiengebühren protestiert. Die britische Regierung, die ihren Haushalt derzeit an allen erdenklichen Stellen zusammenstreicht, hatte entgegen vorherigen Aussagen angekündigt, die Studiengebühren von derzeit höchstens 3.200 auf bis zu 9.000 Pfund (ca. 10.440 Euro) pro Studienjahr zu erhöhen. »Für viele Studierende wird ein Studium somit unerschwinglich. Wir sind gegen Studiengebühren, in Deutschland und anderswo«, sagt **Sabrina Klaus-Schellert** von der DGB-Jugend.

Die Gewerkschaftsjugend hat sich mit den protestierenden Studierenden solidarisch erklärt.

[www.dgb-jugend.de/studium](http://www.dgb-jugend.de/studium)

## Miese Praxis

**Behinderte werden behindert** ■ Kinder und Jugendliche mit Behinderung haben beim Bildungsangebot häufig das Nachsehen. Darauf weist die deutsche Unesco-Kommission im November 2010 hin.

Während in Europa insgesamt im Schnitt 85% der Kinder mit sonderpädagogischem Bedarf in Regelschulen unterrichtet werden, sind es in Deutschland nur etwa 18%.

Auch Kinder mit Migrationshintergrund besuchten in Deutschland überdurchschnittlich häufig Förderschulen, in denen sie oft keinen qualifizierenden Schulabschluss erwerben.

[www.unesco.de](http://www.unesco.de)

## Junge Sparquote

**Statusabhängig** ■ Soziale Spaltung fängt früh an: Das zeigt auch die Sparquote bei Jugendlichen. Denn ob und wie viel die Jungen sparen, hängt zum Teil vom Bildungsgrad ab. So sparen 87% der Auszubildenden mit Abitur, aber nur 65% der Auszubildenden mit Hauptschulabschluss, wie eine aktuelle Studie der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) unter Auszubildenden ergibt.

Ähnlich sieht es mit Anlageformen wie der betrieblichen Altersvorsorge aus: 80% der Hauptschul-Azubis kennen diese nicht. Und nur 8% aller Befragten der GfK-Studie haben eine Riemer-Rente abgeschlossen.

[www.gfk.com](http://www.gfk.com)



## Beste Leute



A. Soldo

### Betriebsrätepreis 2010

Mit Hartnäckigkeit und Mut verhinderten die Betriebsrätinnen **Adrijana Soldo** und **Marion Tesche** beim Drogeriekombinat Schlecker Lohn-dumping durch Leiharbeit.

Für ihren Einsatz erhielten die Frauen jetzt den Deutschen Betriebsrätepreis in Gold.

Die Preise in Silber und Bronze gingen an die Betriebsrätinnen der Krones AG (Neutraubling) und der Ikena Textilwerke (Bocholt).

Der von der Fachzeitschrift »Arbeitsrecht im Betrieb« ausgelobte Preis wurde nach 2009 nun zum zweiten Mal verliehen. Mit der Auszeichnung sollen das Engagement und »die Betriebsräte, die dafür stehen«, öffentlich gewürdigt werden.

[www.deutscherbetriebsraete-preis.de](http://www.deutscherbetriebsraete-preis.de)

## Gesetzlich regeln

**SPD zu PraktikantInnen** ■ PraktikantInnen sollen nach dem Willen der SPD-Bundestagsfraktion mehr Rechte bekommen. In einem Antrag (Bundestagsdrucksache 17/3482) schlägt sie entsprechende Änderungen im Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) und im Berufsbildungsgesetz vor. Danach soll im BGB eine sich an der Rechtsprechung orientierende Definition des Praktikums und die Pflicht zur angemessenen Vergütung aufgenommen werden. PraktikantInnen müssten u.a. mindestens 350 Euro brutto monatlich verdienen, ihre Zeit der Betriebszugehörigkeit im Rahmen eines Praktikums sollte nach dem Kündigungsschutzgesetz auf das anschließende Arbeitsverhältnis angerechnet werden.

[www.spd.de](http://www.spd.de)

## Gleichgezogen

**Ausländerfeindlichkeit** ■ Bei der Verbreitung von Ausländerfeindlichkeit unter jungen Deutschen lassen sich nach Einschätzung von Sozialwissenschaftlern keine grundsätzlichen Ost-West-Unterschiede mehr feststellen. Eine Befragung des Kriminologischen Instituts Niedersachsen unter 45.000 Jugendlichen hat gezeigt, dass es Gebiete in Ostdeutschland gibt, in denen junge Menschen überhaupt nicht ausländerfeindlich eingestellt sind, und andere Regionen etwa in Süddeutschland, in denen diese Haltung sehr verbreitet ist. Und mit dem ökonomischen Status hat's auch nichts zu tun.

**Soli aktuell meint:** Na super, das wäre geschafft. Schöne deutsche Einheit.

## Wahr und unwahr

**Wahr ist**, dass die arbeitgebernahe Bertelsmann-Stiftung mal wieder eine neue Studie vorgelegt hat. Inhalt sinngemäß: Wer eine schlechte Bildung hat, wird kriminell. Würde die Zahl der SchulabgängerInnen ohne Schulabschluss um einen Prozentpunkt gesenkt, gingen Raub- und Erpressungsdelikte um 7% zurück.

**Unwahr ist**, dass die Bertelsmann-Stiftung demnächst eine Studie in deutschen Banketagen zum Zusammenhang von Finanzkriminalität, Verursachung von Finanzkrisen und einem Betriebswirtschaftsstudium durchführt.

## Gut gesagt!

**O-Ton** ■ »Die Jugend ist verwahrlost, gammelt vor Youporn rum, geht nicht in die Schule, hat ständig Sex und hört Deutsch-Rap.«

**Sila Sönmez**, 24, Autorin, in der Zeitung »Die Welt«



S. Sönmez

# Häuser renovieren

**Jugendwohnen ist ein zentraler Baustein des Ausbildungsstellenmarktes, sagt Forschungsleiter Andreas Finke. Vier Jahre hat er die Mobilität Jugendlicher untersucht. Und hat jetzt konkrete Empfehlungen an die politischen Akteure.**

**Herr Finke, Sie sind der Leiter des Projekts Jugendwohnen, ein auf vier Jahre angelegtes Forschungsprojekt des Bundesjugendministeriums. Wer nimmt Jugendwohnen in Anspruch?**

Azubis, die in ihrer Region keine Ausbildungsstellen finden. Blockschüler, die mehrere Wochen am Stück fünf Tage die Woche Berufschulunterricht haben. Junge Menschen in überbetrieblichen Ausbildungsabschnitten. Individuell Benachteiligte, die zum Beispiel aufgrund von Schwierigkeiten mit dem Elternhaus im schulischen Werdegang beeinträchtigt sind. Im veränderten Umfeld des Jugendwohnens kommen sie mit pädagogischer Begleitung mit Sicherheit besser zurecht. Außerdem Schüler der großen Internate der Berufsbildungswerke und – immer mehr – unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, die ein gutes Sprungbrett in die berufliche und soziale Integration benötigen.

**Ist das Angebot kostenpflichtig?**

Das ist unterschiedlich. Wenn das Jugendamt dem jungen Menschen den Platz emp-

fiehlt, zahlt es auch. Wenn der Azubi oder der Berufsfachschüler anfragt, zahlt der Azubi selbst. Sie erhalten dann aber Zuschüsse zur Finanzierung des Kostensatzes: der Azubi Berufsausbildungsbeihilfe von der Arbeitsagentur, der Berufsfachschüler beantragt BAföG.

**Vertreter von Politik und Wirtschaft werden nicht müde zu betonen, wie wichtig Mobilität sei, wenn es um Ausbildung geht. Fühlen Sie sich ausreichend gewürdigt?**

In dem Moment, wo Ausbildungspartnern an die Jugendlichen appellieren, sie müssten mobil sein, ohne geeignete Rahmenbedingungen wie Jugendwohnen zu fördern, ist das zu schnell formuliert. Was ist denn mit dem 16-Jährigen, der zum Berufsberater geht und dort hört, »Steinmetz kannst du hier im Westerwald nicht werden, geh doch mal nach Mainz!«

Wie soll der denn mit einer Vergütung von 380 Euro ein möbliertes Zimmer mieten? Welcher Ausbildungsbetrieb nimmt ihn? Die werden doch sagen, der kriegt Heimweh und bricht die Ausbildung ab.

Unsere Erfahrung ist: Jugendwohnen ist die Rahmenbedingung, um eine Ausbildung fern der Heimat zu ermöglichen. Umso glücklicher sind wir, dass die Prüfung der Bedeutung des Jugendwohnens nun fester Bestandteil im aktuellen Ausbildungspakt ist.

**Zum April 2011 läuft die Förderung für Ihr Projekt aus. Wie lauten Ihre Empfehlungen?**

An die Politik: Die Zuschüsse für nötige bauliche Investitionen an den Häusern müssen wieder fließen. Viele Einrichtungen haben seit 10, 20 Jahren keine Gelder mehr bekommen. Da muss dringend was getan werden. Am Markt sind die Preise für das Angebot nicht zu erzielen. Somit braucht es Unterstützung durch die öffentliche Hand.

Es gibt klare Indizien dafür, dass das Jugendwohnen noch wichtiger wird. Und da muss Klarheit herrschen, wer bezahlt. Jugendliche verfügen nicht über die Mittel, die Unterbringung in dem Haus mit Vollverpflegung und pädagogischer Begleitung aus eigener Tasche zu finanzieren. Also sind sie auf die öffentliche Hand angewiesen. Der Träger einer Einrichtung des Jugendwohnens ermittelt mit dem Jugendamt einen Tageskostensatz, die Jugendlichen krie-



leben. lernen.  
chancen nutzen.

## Projekt Jugendwohnen

gen dann entsprechende Zuschüsse. Da gibt's aber Klärungsbedarf: Das Bundesarbeitsministerium sollte eindeutig den Zuschussparagrafen zur Berufsausbildungsbeihilfe klären, damit die Jugendlichen eine stabile Berechnungsgrundlage haben. Auch das BAföG-Amt sollte beantworten, welchen Kostenansatz der Jugendliche zugrunde legen kann. Und die Kultusministerien der Länder sollten die Zuschüsse für die Blockschüler einheitlich regeln: Man kann nicht Berufsschulen zentralisieren, ohne die Frage zu klären, wie die Jugendlichen dorthin kommen sollen. Und wer die Kosten trägt, wenn sie auswärts unterkommen müssen.

**Welche Rolle können DGB und Gewerkschaften beim Jugendwohnen spielen?**

Die DGB-Jugend sitzt im Beirat unseres Projekts. Die Gewerkschaften sind in den Jugendvertretungen der Betriebe präsent, gehen in Schulen und kümmern sich um die Belange von jungen Leuten.

Ich halte es für ganz wichtig, sie gut zu beraten. Wenn sie keine Ausbildungsstelle finden, muss man ihnen sagen: Mit dem Jugendwohnen habt ihr eine realistische Möglichkeit, euch in einer anderen Stadt umzusehen. Zum anderen fände ich es sehr gut, wenn die Experten der Gewerkschaften mit den Pädagogen in den Wohnheimen Kontakt aufnehmen würden: Der Pädagoge versteht sich als Schnittstelle zwischen Ausbildungsbetrieb, Berufsschule, Elternhaus und den Jugendlichen. Der Jugendliche zieht ja erstmals von zu Hause in eine völlig fremde Umgebung, das muss er erstmal bewältigen. Auch im Betrieb ist ja alles neu. Da könnte man mit der Gewerkschaftsjugend viel stärker in einen Dialog über Erfahrungen treten. Schließlich ist es gut, wenn der DGB die Anliegen des Jugendwohnens in seine politische Interessenvertretung einbezieht. S

**Andreas Finke ist Leiter des Forschungs- und Praxisentwicklungsprojekts Jugendwohnen.**



### JUGENDWOHNEN

## Auswärts zu Hause

Jugendwohnen ist eine Leistung der Kinder- und Jugendhilfe – gedacht für 14- bis 27-Jährige, die im Rahmen einer beruflichen oder schulischen Ausbildung oder Eingliederung Unterkunft in einer sozialpädagogisch begleiteten Wohnform benötigen.

Es gibt in Deutschland über 550 Einrichtungen mit 60.000 Plätzen in unterschiedlicher Trägerschaft. Zurzeit werden sie jedes Jahr von 200.000 jungen Leuten in Anspruch genommen. Eine individuell abgestimmte Begleitung unterstützt die Jugendlichen dabei, im neuen Alltag klar zu kommen, Kontakt zu anderen Leuten zu finden und die Ausbildung erfolgreich zu meistern. Obwohl PolitikerInnen die Mobilität von Azubis jederzeit unterstreichen, fehlen Mittel fürs Jugendwohnen. S

Die Homepage der Jugendwohnheime:  
[www.auswaerts-zuhause.de](http://www.auswaerts-zuhause.de)

# Einseitige Belastung

**Im November 2010 hat der Bundestag die Gesundheitsreform von Minister Philipp Rösler gebilligt. Was sie für Azubis bedeutet. Von Jörg Grünefeld**

**N**icht nur in der Bundestagsdebatte hat Gesundheitsminister Philipp Rösler (FDP) betont: Das neue Gesetz werde die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) fairer und besser machen. Schauen wir uns doch mal an, welche Änderungen ab dem 1. Januar 2011 zu erwarten sind – und was sie insbesondere für die Azubis bedeuten.

Die größten Veränderungen beziehen sich auf die Einnahmesituation der GKV.

Die schwarz-gelbe Koalition hat beschlossen, den Beitrag von 14,9 auf 15,5 Prozent zu erhöhen. Die Versicherten zahlen damit 8,2 Prozent ihres Einkommens an die GKV. Beschlossen wurde auch, dass der Arbeitgeberbeitrag bei 7,3 Prozent eingefroren wird – damit werden die Arbeitgeber bei zu erwartenden Kostensteigerungen nicht mehr an der Finanzierung beteiligt. Damit verabschiedet sich die Koalition endgültig vom 127 Jahre alten Prinzip der paritätischen Finanzierung.


**Wenn die Beitragseinnahmen** nicht mehr ausreichen, um die Ausgaben der Krankenkassen zu finanzieren, dann müssen die Kassen Zusatzbeiträge erheben. Diese sind nun in ihrer Höhe nicht mehr beschränkt und vollkommen unabhängig vom Einkommen. So erwarten ExpertInnen für das Jahr 2014 Zusatzbeiträge zwischen zehn bis 16 Euro und im Jahr 2020 bis zu 80 Euro pro Monat. Ein Sozialausgleich für Versicherte mit geringerem Einkommen – darunter fallen auch Azubis – ist aus Steuermitteln vorgesehen.

Allerdings greift dieser erst ab einer zusätzlichen Belastung von zwei Prozent des Einkommens und ist eine Durchschnittsrechnung. Ein Beispiel: Der durchschnittli-

che Zusatzbeitrag der GKV beträgt 20 Euro. Ein Azubi mit einer Vergütung von 800 Euro darf nur mit zwei Prozent belastet werden, macht also 16 Euro. Die Krankenkasse erhebt aber 25 Euro Zusatzbeitrag. Nun werden vier Euro Sozialausgleich gezahlt – die Differenz zwischen 20 Euro durchschnittlicher Zusatzprämie und den 16 Euro der Zwei-Prozent-Grenze. Die restlichen fünf Euro müssen aus der eigenen Tasche gezahlt werden.

**Wir sagen: Gerecht geht anders!** Diese Gesundheitsreform entlastet die Gutverdienenden und Unternehmen – und belastet einseitig die Versicherten mit geringerem Einkommen. Wie Herr Rösler auf die

Idee kommen kann, dass das Solidarsystem so gestärkt werden kann, bleibt schleierhaft.

Der DGB und die DGB-Jugend fordern schon länger einen Systemwechsel zur Bürgerversicherung. Eine breitere Einnahmehasis mit Beteiligung der Arbeitgeber ist der richtige Weg. 

*Die gewerkschaftliche Positionierung gegen die Kopfpauschale im Internet: [www.stoppauschale.de](http://www.stoppauschale.de)*

*Jörg Grünefeld, 26, ist Vorsitzender der ver.di Jugend. Bis Anfang 2010 war er auch Vorsitzender der Hauptjugend- und Auszubildendenvertretung einer großen gesetzlichen Krankenversicherung und studiert nun Sozialökonomie in Hamburg.*



## ANGEZÄHLT

### Die Datenlage

**38** Prozent der jungen Leute zwischen 12 und 25 Jahren glauben, dass die Jugend zu Ende ist, wenn man ein eigenes Kind oder eine Familie hat.

**30** Prozent finden, dass die Jugend endet, wenn man »sich nicht mehr jugendlich gibt«.

**17** Prozent finden, die Jugend ist vorbei, wenn man eine feste Arbeitsstelle hat.

**9** Prozent glauben, dass mit der Jugend Schluss ist, wenn die Schule beendet ist.

*Quelle: Shell-Jugendstudie*

## ABGEPASST

### Alles vernetzt jetzt?

**November 2010: »Students at work«-Vernetzungstreffen in Hattingen. Soli aktuell traf die Obervernetzer – die Seminarleiter Sabrina Klaus-Schelletter und Andreas Schackert.**

Das Vernetzungstreffen stand diesmal unter dem Motto: »Gewerkschaftliches Engagement auf dem Campus«. Da waren mehr als 30 Aktive aus allen Ecken des Landes. Dabei: BeraterInnen, JugendsekretärInnen, Gewerkschaftsstudis und AStA-Mitglieder.

Im Herbst ist das Wetter in Hattingen zwar schlecht, aber der Erfahrungsaustausch umso besser. Und jeder hatte was mitgebracht: Elan,

weil man vor Ort gerade einen großen Sprung gemacht hat. Fragen, gute Mitgliedszahlen oder Lob und Kritik an unserer Arbeit.

Wir hatten Zeit, über neue Wege zur studentischen Mitbestimmung an der Hochschule nachzudenken, das Verhältnis zwischen studentischen JobberInnen und Betriebsräten zu erörtern – und haben nebenbei noch mal über die 19. Sozialerhebung der Studentenwerke gesprochen. Wir stiegen dann am Sonntag in den Zug nach Berlin, aber fast lieber wären wir nach Halle oder Heidelberg gefahren, um selbst zu sehen, was da alles läuft. 



# Auf in die Zukunft

**Im Februar 2011 ist es soweit: Dann startet die DGB-Jugend ihre Initiative »Wie wollen wir leben?«. Im Zentrum stehen die Themen Arbeit, Bildung und Freiheit. Von DGB-Bundesjugendsekretär René Rudolf**

## Achtung, es geht los!

Am 14. Februar 2011 starten wir die Befragung für unsere Jugend-Initiative »Wie wollen wir leben?«. In dieser ersten Phase möchten wir herausfinden, wie zufrieden die Junge Generation ist, welche beruflichen Ziele sie hat und wie sie sich das gesellschaftliche Zusammenleben vorstellt. Wir wollen Jugendliche aus allen Teilen der Gesellschaft erreichen. Unsere Aktiven können sich dabei umfassend beteiligen und die Kampagne in ihre geplanten Aktivitäten integrieren.

Wir werden für die Befragung – ob online, im Rahmen unserer Berufsschularbeit, an den Unis, auf unseren Veranstaltungen und Konferenzen oder unseren Demos und

Straßenaktionen – Elemente und Materialien zur Verfügung stellen. Unsere Veranstaltungen werden im Umfeld wichtiger Termine stattfinden (siehe Kasten). Über die Kampagnen-Homepage werden wir alle Interessierten auf dem Laufenden halten. Unterstützend bieten wir schon in dieser ersten Phase Konzepte und Werkzeuge für die begleitende Pressearbeit an. Ab Mitte 2011 starten wir die zweite Phase und gehen an die Öffentlichkeit. Es wird Dialogwerkstätten vor Ort geben, neue Allianzen mit Jugendverbänden und vieles mehr.

## Zentral: Arbeit, Bildung, Freiheit


Arbeit, Bildung und Freiheit stehen im Mittelpunkt der Initiative:

□ Wer arbeitet, will etwas Sinnvolles tun. Wer arbeitet, will auch davon leben können. Voraussetzung dafür ist eine umfassende und qualifizierte Ausbildung. Die Gewerkschaftsjugend will mit der Jungen Generation diskutieren, was sie von prekären Arbeitsverhältnissen hält, wie sie sich in einer

Gesellschaft fühlt, in der die Anforderungen an junge Beschäftigte bedeuten, flexibel, verbindlich, leistungsfähig und schnell kündbar gleichzeitig zu sein.

□ Wie stellt sich die Junge Generation Arbeit und Ausbildung in Zukunft vor? Gute Bildung ist nicht nur der Schlüssel zur persönlichen Entwicklung, sondern entscheidet auch über den Zugang in unsere Gesellschaft. Gleichwohl bestimmt der Geldbeutel der Eltern, wer welche Chancen im Bildungssystem hat. Wir wollen gemeinsam mit der Jungen Generation diskutieren, was sie sich unter Bildungsgerechtigkeit und guter Bildung vorstellt.

□ Freiheit bedeutet individuelle Entfaltungsmöglichkeiten und Selbstbestimmung. Wir möchten mit der Jungen Generation herausfinden: Welche Rolle spielen Entfaltung, Selbstbestimmung und Demokratie für uns alle in Zukunft? Wir wollen demokratische Teilhabe frei von Diskriminierungsformen jeglicher Art.

Lasst uns zusammen auf diese Reise gehen. Mutig. Interessiert. Und offen für Neues. 

Infos: DGB-Bundesvorstand, Bereich Jugend, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin, Tel.: 030 / 240 60 166, E-Mail: jugend@dgb.de, www.wie-willst-du-leben.de

## GEWERKSCHAFTSJUGEND IN BEWEGUNG




## WWWL

## Die Jugend-Initiative

Viele Konflikte wie »Stuttgart 21«, der Berliner Großflughafen, Atomtransporte, das Endlager Gorleben und Blockadeaktivitäten gegen Nazi-Aufmärsche werden sich 2011 zuspitzen – nicht zuletzt vor dem Hintergrund der vielen Landtagswahlen. An den Protesten sind sehr viele junge Menschen beteiligt – ein guter Grund für die Gewerkschaftsjugend, aktiv mitzumischen und sich in Bündnissen einzubringen. 250.000 SchülerInnen und Studierende beteiligten sich allein am Bildungsstreik. 47% der jungen Erwachsenen zwischen 12 und 25 Jahren finden es wichtig, sich politisch zu engagieren. Und 60% sind bereit, für ihre Interessen gemeinsam mit anderen auf die Straße zu gehen.

Was hat das mit der DGB-Jugend zu tun? Ganz einfach: Gewerkschaftsjugend und Junge Generation haben einfach die gleichen Interessen. Junge Leute finden Gewerkschaften gut: Fast zwei Drittel der Jugendlichen zwischen 18 und 24 Jahren halten Gewerkschaften und Betriebsräte für wichtiger denn je. Gewerkschaften genießen bei ihnen mehr Vertrauen als die

Parteien, die Regierung oder die Kirchen. Gut 69% der 15- bis 25-Jährigen finden es wichtig, sich gegen Missstände in Gesellschaft und Arbeitswelt zu wehren. Das zeigt sich auch darin, dass der Anteil Jugendlicher, die sich aktiv gewerkschaftlich betätigen, seit 2006 wieder leicht gestiegen ist. 

## Wichtige Termine

**Wann »Wie wollen wir leben?« aktiv wird:**

□ **Januar:** 15.: Bildungsstreik Aktionstag. 27.: Internationaler Tag des Gedenkens an die Opfer der Shoa.


□ **Februar:** 13.: Nazi-Aufmarsch in Dresden. 20.: Welttag der sozialen Gerechtigkeit/ Landtagswahl Hamburg.

□ **März:** 8.: UN-Tag für die Rechte der Frau und den Weltfrieden. 20./27.: Landtagswahlen in mehreren Bundesländern. 21.: Internationaler Tag zur Beseitigung der Rasendiskriminierung.

□ **April:** 7. Welt-Gesundheitstag. 14.: Girl's Day. 26.: 25 Jahre Reaktor-Katastrophe von Tschernobyl. 28.: ILO-Welttag für Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz.

□ **Mai:** 1.: Tag der Arbeit. Und Arbeitnehmer-Freizügigkeit. 8.: Gedenken der Opfer des 2. Weltkrieges. 15.: Internationaler Tag der Familie. 17.: Tag gegen Homophobie. 18.: Datenschutzkongress. 21.: DFB-Finale. 22.: Landtagswahlen.

□ **Juni:** 1.: Sozialwahlen der Sozialversicherungsträger/Evangelischer Kirchentag. 12.: Internationaler Tag gegen Kinderarbeit. 23.: Tag des öffentlichen Dienstes. 26. Fußball-WM der Frauen.

In der zweiten Jahreshälfte sind weitere Termine geplant. 

# WIE WILLST DU LEBEN?



Ändern, aber dalli: Die Aktion am Brandenburger Tor mit den Mumien Gabriel Tiedje und Florian Haggenmiller (v.l.)

# Gegen den Sparwahn

*Ein zerlegtes Schwimmbad vor dem Brandenburger Tor: Der Start der Jugendbündnis-Kampagne »Änder das«.*

**S**chwarz-gelbe Mumien kloppen Schwimmbad kaputt: An diesem grauen Morgen des 23. November 2010 toben die lebenden Leichen über den Vorplatz des Brandenburger Tors in Berlin. Florian Haggenmiller von der DGB-Jugend und Gabriel Tiedje von der Grünen Jugend schütteln sich, adrett gekleidet im kleinen Schwarz-Gelben, vor einer Pappmauer die Hände. Gleich werden sie das Bauwerk, auf dem überlebensgroß eine Schwimmhalle zu sehen ist, artgerecht zerlegen.

Rumms! Und schon ist es soweit: Unter dem Johlen der angereisten Menge toben die Herren Jugendfunktionäre das Pappwerk nieder. Dahinter kommt ein Plakat zum Vorschein: »Dann geh doch im Pool deiner Eltern schwimmen.«

**Die öffentlichkeitswirksame Aktion** ist der Start der Kampagne »Änder das«, einem Zusammenschluss mehrerer Jugendverbände, der im November 2010 geschmiedet wurde. Außer der Gewerkschaftsjugend sind der Bund der Alevitischen Jugendlichen, die BUND-Jugend, die Grüne Jugend, das Jugendwerk der AWO, die Jusos in der SPD, die Naturfreundejugend und Die Falken mit an Bord. Das Ziel: die unsoziale Politik der Bundesregierung anzuprangern.

»Wir protestieren hier gegen Privatisierung und die Verarmung der Kommunen«,

erklärt Haggenmiller. Selbst der Jugendclub in seinem Heimatort Obergünzburg sei dicht gemacht worden – Irland ist überall. »Öffentliche Schwimmbäder werden geschlossen, das ist ein Zeichen für die unsoziale Umverteilung«, kommentiert Tiedje die Pläne der Untoten.

## **Der politische Kurs steht auf Sparwahn:**

Mit der Schuldenbremse, den beschlossenen Steuersenkungen und der Weigerung der Bundesregierung, für zusätzliche staatliche Einnahmen zu sorgen, bluten vor allem die Kommunen immer weiter aus. In der Folge werden viele Leistungen und notwendige Investitionen in wichtigen Bereichen gestrichen.

»Ob Sparpaket, Verlängerung der AKW-Laufzeiten oder Steuersenkungen – viele politische Projekte werden mit dem Argument der angeblichen Sachzwänge oder der Generationengerechtigkeit begründet. Drängende Probleme wie der Klimawandel, die Entsolidarisierung in der Gesellschaft oder die Unterfinanzierung der Kommunen werden gar nicht erst in Angriff genommen. Für die Zukunft junger Menschen ist das katastrophal«, schreiben die Bündnispartner in ihrer gemeinsamen Erklärung.

Kürzungen beim ärmsten Teil der Gesellschaft einerseits, aber Steuererleichterungen für das Hotelgewerbe andererseits – und mit der Gesundheitsreform sollen die zusätzlichen Lasten einseitig von den Versicherten getragen werden. »Davon sind ins-

besondere auch junge Menschen mit geringem Einkommen betroffen«, heißt es bei »Änder das«.

**DGB-Bundesjugendsekretär** René Rudolf fordert die Regierenden auf, sich endlich ernsthaft für die Belange der Jungen Generation einzusetzen. »Die Bundesregierung hat offenbar kein Bewusstsein für die Probleme junger Menschen. Insbesondere der Berufseinstieg hat sich in den letzten Jahren massiv erschwert.«

Gute Bildung dürfe nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. »Für mehr Gerechtigkeit in diesem Land brauchen wir gute Bildung und Ausbildung für alle«, sagt Rudolf.

»Studiengebühren, der Mangel an Ausbildungsplätzen und Bibliotheken nehmen Jugendlichen heute die Bildungschancen«, ergänzt der Juso-Bundesvorsitzende Sascha Vogt.

Auch andere Punkte spielen in dem Bündnis eine Rolle: »Wir fordern aktiven Klimaschutz und

eine generationengerechte Perspektive ein«, sagt Julia Römer von der BUND-Jugend. Und Gesine Avena, die Bundessprecherin der Grünen Jugend, kritisiert das Programm gegen Extremismus aus dem Hause des Bundesfamilienministeriums: »Wer sich aktiv gegen Nazis wendet, wird von der Bundesregierung verhöhnt. Frau Schröders absurde Pläne, den so genannten Linksextremismus zu bekämpfen, untergraben das demokratische Engagement vieler Jugendlicher gegen Rassismus und Nationalismus.«

Die Aktionen sollen bis zum Sommer 2011 fortgesetzt werden. [\[5\]](#)

Die Kampagnen-Homepage: [www.aender-das.de](http://www.aender-das.de)

**Drängende Probleme wie der Klimawandel, die Entsolidarisierung in der Gesellschaft...**

**...oder die Unterfinanzierung der Kommunen werden gar nicht erst in Angriff genommen.**

# Hast du etwa schon Feierabend?

*Immer wieder ist es aus Wirtschaft und Politik zu vernehmen: Der Jugendarbeitsschutz soll gelockert werden – und dies meist beim Thema Arbeitszeit.*

**G**erade in Branchen, in denen die Verhältnisse am schlimmsten sind, gelten Ausnahmen von der Regel des Jugendarbeitsschutzgesetzes (JArbSchG): So schneidet etwa die Gastronomie oft am schlechtesten in Sachen Ausbildungsqualität ab, wie der DGB-Ausbildungsreport auch für das Jahr 2010 wieder belegt. Und oft geht es dabei um das Thema Arbeitszeit.

## Arbeitszeit für Minderjährige

Als Arbeitszeit zählt die Zeit, die in der Arbeit verbracht wird, wobei die Pausen von der täglichen Arbeitszeit abgezogen werden. Die Berufsschulzeit wird auf die Arbeitszeit angerechnet, und der Ausbildungsvertrag regelt die tägliche und die wöchentliche Arbeitszeit.

Das JArbSchG besagt, dass Minderjährige nicht mehr als acht Stunden täglich und 40 Stunden wöchentlich arbeiten dürfen (§ 8 Abs. 1 JArbSchG). Die Arbeitszeit kann auf 8,5 Stunden erhöht werden, wenn es zu einem Ausgleich in der gleichen Woche kommt und die 40-Stunden-Woche davon unberührt bleibt. Die tägliche Arbeitszeit muss durch festgelegte Ruhepausen unterbrochen werden. Eine Pause gilt erst als Pause, wenn eine Arbeitsunterbrechung von mindestens 15 Minuten stattfindet (§ 4 Arbeitszeitgesetz, ArbZG, § 11 JArbSchG). Bei Minderjährigen muss nach 4,5 Stunden Arbeitszeit eine Ruhepause von 30 Minuten erfolgen. Wenn die Arbeitszeit mehr als sechs Stunden beträgt, ist eine Pause von einer Stunde einzuhalten (§ 11 JArbSchG).

**Samstags, sonntags** und an Feiertagen dürfen Minderjährige eigentlich nicht beschäftigt werden. Hier gibt es aber zahlreiche Ausnahmen, wie z.B. in der Gastronomie oder Landwirtschaft.

Wenn ein Jugendlicher an einem Samstag oder an einem Sonntag beschäftigt wird, muss er in der gleichen Woche einen freien Tag dafür bekommen (§ 16 JArbSchG).

Wenn die Arbeit auf einem Feiertag liegt, muss in der gleichen oder in der darauf folgenden Woche ein freier Tag gegeben werden. Am 25. Dezember, am ersten Osterfeiertag und am 1. Mai dürfen Jugendliche unter keinen Umständen beschäftigt werden (§ 18 JArbSchG).

Von 20 bis sechs Uhr herrscht Beschäftigungsverbot, hier gibt es aber in bestimmten Berufszweigen Ausnahmen; zum Beispiel bei den Bäckern und im Schichtbetrieb.

Am Tag vor einem Berufsschultag, der vor neun Uhr beginnt, dürfen Auszubildende nur bis 20 Uhr beschäftigt werden.

Die Berufsschulzeit wird auf die Arbeitszeit angerechnet und die Ausbildungsvergütung wird weiterbezahlt. Ein Berufsschultag, der mehr als fünf Unterrichtseinheiten umfasst, wird als voller Arbeitstag angerechnet. Aber Achtung: Das gilt nur ein Mal die Woche, bei einem weiteren Berufsschultag in der gleichen Woche wird nur noch die tatsächliche Unterrichtszeit plus Pausen angerechnet.

Etwas anderes gilt bei Blockunterricht: Wenn die Unterrichtszeit auf fünf Tage in der Woche verteilt mindestens 25 Stunden umfasst, wird die Blockwoche mit 40 Stunden auf die Arbeitszeit angerechnet (§ 9 JArbSchG).

## Arbeitszeit für Volljährige

Auch für Volljährige gibt es natürlich Regelungen. Diese sind im Arbeitszeitgesetz festgehalten. Die Beschäftigungshöchstgrenze liegt wöchentlich bei 48 Stunden und täglich bei acht Stunden. Sie kann sogar auf zehn Stunden täglich und 60 Stunden wöchentlich erhöht werden, wenn es zu einem Ausgleich innerhalb eines halben Jahres kommt (§ 3 ArbZG).

Bei Volljährigen ist bei einer Arbeitszeit von mehr als sechs Stunden eine Unterbrechung von 30 Minuten einzuhalten, bei bis zu neun Stunden Arbeitszeit eine Pause von 45 Minuten – und 60 Minuten bei einer Arbeitszeit von mehr als neun Stunden (§ 4 ArbZG).

Für Volljährige ist der Samstag ein ganz normaler Arbeitstag. Sonn- und Feiertage sind eigentlich beschäftigungsfreie Tage. Wenn Azubis an einem Sonntag beschäftigt

werden, muss ihnen innerhalb der nächsten zwei Wochen ein Ersatzruhetag gewährt werden, wobei 15 Sonntage im Jahr beschäftigungsfrei bleiben müssen (§10, §11 ArbZG). Für die Feiertagsarbeit muss ein Ersatzruhetag innerhalb der nächsten acht Wochen erfolgen.


Volljährige haben einen Anspruch auf eine freie Zeit zwischen zwei Arbeitstagen von elf Stunden. In einigen Branchen (Gastronomie, Landwirtschaft, Krankenhäuser) kann diese Ruhezeit auf zehn Stunden ver-

kürzt werden (§ 5 ArbZG).

Auch Volljährige müssen für den Berufsschulunterricht freigestellt werden. Es wird aber nur die tatsächliche Zeit in der Berufsschule inklusive Pausen angerechnet.

**Das Ganze hat ein Haken:** Eine Anrechnung erfolgt nur, wenn sich die Berufsschulzeit und die regelmäßige Arbeitszeit im Betrieb überschneiden. Wenn beispielsweise die Berufsschule immer um acht Uhr beginnt, die Arbeitszeit im Betrieb aber erst um neun Uhr, dann kann die erste Stunde nicht auf die Arbeitszeit angerechnet werden. Es kann also passieren, dass Volljährige über die vertraglich festgelegte Arbeitszeit im Betrieb und in der Berufsschule verbringen. Die Höchstarbeitsgrenze liegt aber bei 48 Stunden in der Woche.

**Tipp:** Da im Arbeitsrecht immer das Günstigkeitsprinzip gilt, sollte zunächst immer ein Blick in den Ausbildungsvertrag geworfen werden. Wenn hier eine geringere Arbeitszeit als die gesetzliche Höchstarbeitszeit festgelegt ist, dann gilt diese natürlich. Ebenso wenn ein Tarifvertrag eine geringere Arbeitszeit vorsieht.

Die von den Arbeitgebern geforderte Veränderung des JArbSchG bezieht sich auf die Ausdünnung der Nachruhe für alle Berufe bis 22 Uhr und in der Gastronomie bis 23 Uhr. Das Beschäftigungsverbot für Jugendliche an Samstagen und an Sonntagen soll gelockert bzw. ganz aufgehoben werden und die Höchstarbeitszeiten sollen für die Gewährung von Ruhezeiten angehoben werden. 

*Die DGB-Jugend setzt sich klar gegen diese Pläne ein – und hat deshalb die Unterschriftenaktion »Hände weg vom JArbSchG« ins Leben gerufen. Infos: [www.haende-weg.de](http://www.haende-weg.de)*



Termin bei Dr. Azubi.  
Mit Julia Kanzog

**WEBTIPP DES MONATS**

Die so genannte Integrationsdebatte nimmt immer verrücktere Züge an: Illustre Personen wie Thilo Sarrazin, Alice Schwarzer und Horst Seehofer haben sich einschlägig zu Wort gemeldet – und zum Teil auch schon wieder Rückzüge gemacht. Vor allem aber sprechen sie vom Scheitern der gesamten Integration.

Die Initiative »Integrationsdebattenverweigerer« hat jetzt die Faxen dicke. »Diese Form der Debatte machen wir nicht länger mit«, sagen die Organisatoren. »Wir sind die »Minderheit« von 85 bis 90 Prozent Integrationswilligen. Wir sprechen Deutsch, arbeiten, legen Wert auf Bildung, besuchen Integrationskurse oder warten auf einen freien Platz, engagieren uns sozial oder politisch etc. Mehr Integration geht nicht!« Die BesucherInnen der Homepage werden gebeten, Kommentare dazulassen.

[www.integrationsdebattenverweigerer.de](http://www.integrationsdebattenverweigerer.de)

**+** **Out now:** Die endgültige Fassung von »Studium. BAföG. Job« – mit allen Infos zur Studienfinanzierung.

Erhältlich auf [www.dgb-jugend.de](http://www.dgb-jugend.de), »Broschüren«



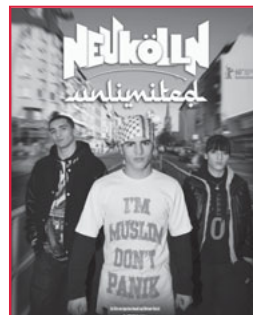
**+** **Internationaler Datenreport:** Kinder und Jugendliche in Entwicklungs- und Schwellenländern sind die größten Verlierer der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise. Dies ist Ergebnis des Unicef-Reports 2010. Zentrale Forderung: Jetzt muss in die soziale Sicherung investiert werden.



Unicef (Hg.): Report 2010. Mit allen Daten zur Situation der Kinder in der Welt, Fischer, Frankfurt/M. 2010, 239 S., 10,95 Euro

**+** **Film:** Den kompletten Jugendwahn aus Deutschlands Hardcore-Bezirk mit Erlebnisfaktor Nummer 1, Neukölln, gibt's jetzt als DVD. »Neukölln Unlimited« heißt das Porträt dreier junger Breakdancer, die sich in Berlin durchschlagen. Für den Film gab es den Gläsernen Bären der Berlinale.

»Neukölln Unlimited«. Regie: Agostino Imondi, Dietmar Ratsch. Mit Lial, Hassan und Maradona Akkouch. Infos und Bestellungen: [www.neukoelln-unlimited.de](http://www.neukoelln-unlimited.de)



**+** **HBS proudly presents:** 305 betriebliche Vereinbarungen wurden von der Hans-Böckler-Stiftung (HBS) ausgewertet – die Studie zeigt das gesamte Regelungsspektrum der dualen Berufsausbildung. Viele Vereinbarungen beziehen sich ausdrücklich auf Auszubildende.

Gerd Busse, Claudia Klein: Duale Berufsausbildung. Betriebs- und Dienstvereinbarungen, Bund-Verlag, Frankfurt a.M. 2010, 139 S., 12,90 Euro



**IMPRESSUM**

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Verantwortlich für den Inhalt: Ingrid Sehrbrock

Herausgeber: DGB-Bundesvorstand, Ber. Jugend, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin, Tel.: 030 / 240 60 172, Fax: -409

E-Mail: [jkiontke@web.de](mailto:jkiontke@web.de)

Internet: [www.dgb-jugend.de](http://www.dgb-jugend.de)

Druck: PrintNetwork pn GmbH

Redaktion: Jürgen Kiontke

Grafik: Heiko von Schrenk

Aboverwaltung: Daniela Linke, Tel.: 030 / 240 60 166, E-Mail: [daniela.linke@dgb.de](mailto:daniela.linke@dgb.de)

Gefördert aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes (BMFSFJ)

Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung im Internet zu.

**SEMINAR – HATTINGEN**

**Impuls-Konferenz für Aktive in der Studierendenarbeit:** Das Leitbild einer demokratischen und sozialen Hochschule, wie es die Hans-Böckler-Stiftung entworfen hat (siehe auch Soli aktuell 11-2010), bewegt derzeit die Gemüter in der gewerkschaftlichen Hochschularbeit!

Die darin enthaltenen Thesen vom Studium als wissenschaftliche Berufsausbildung sollen auf der Impuls-Konferenz näher beleuchtet werden. Gewerkschaftliche ExpertInnen werden auch die Akkreditie-

rung und den Europäischen Qualifikationsrahmen bewerten. Teamerin Sabrina Klaus-Schellerter: »Diesmal sind vor allem hauptamtliche Jugend- und Bildungssekretäre eingeladen, über die Wirkung der Leitbildentwicklung auf die gewerkschaftliche Studierendenarbeit und weitere spannende Themen zu diskutieren.«

24. bis 26. März 2011. DGB-Jugendbildungsstätte Hattingen. Buchungscode SIK 611278590

Anmeldungen und Infos : [www.dgb-jugendbildung.de](http://www.dgb-jugendbildung.de)

**Abo-Coupon**

ausschneiden und im Fensterumschlag an die untenstehende Anschrift schicken.

An den  
DGB-Bundesvorstand, Ber. Jugend  
Soli aktuell  
Henriette-Herz-Platz 2  
10178 Berlin



Ich möchte monatlich \_\_\_ Exemplar(e) bestellen.

vorname	name
organisation	funktion
straße	nummer
plz	ort
unterschrift	